

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



## Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden

Der neue Bundesfreiwilligendienst ist ein großer Erfolg

Am 1. Juli 2011 haben mit der Aussetzung der Wehrpflicht die ersten Bundesfreiwilligen ihren Dienst angetreten. Nach den ersten sechs Monaten zog der Vorsitzende des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement und Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bundesfreiwilligendienst, der Esslinger Bundestagsabgeordnete Markus Grübel, gleich zu Beginn des neuen Jahres in dieser Woche in Berlin eine positive Bilanz. Der Bund stellt mit 300 Millionen Euro so viel Geld wie nie zuvor für freiwilliges Engagement bereit. Insgesamt strebt die christlich-liberale Koalition neben den schon bisher rund 40.000 Jugendfreiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) zusätzlich 35.000 Bundesfreiwilligendienstleistende an. Trotz einiger Bedenken von Verbänden und der Opposition entwickelt sich der neue Dienst sehr gut und ist ein Erfolgsmodell.

Auch der Kindergeldanspruch im Bundesfreiwilligendienst wurde auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion so geregelt, dass es nun keine Unterschiede mehr zu den Jugendfreiwilligendienst gibt. Eltern, deren Kinder das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und einen Bundesfreiwilligendienst ableisten, können Kindergeld beziehungsweise steuerliche Freibeträge für Kinder erhalten. Mittlerweile haben sich rund 30.000 Personen für einen Bundesfreiwilligendienst entschieden. Davon über 20 Prozent in der neuen Zielgruppe der über 27-jährigen. Insgesamt ergeben sich damit rund 70.000 Freiwillige in den beiden Formaten. Für dieses Jahr planen die Verbände bereits mit ca. 100.000 Freiwilligen. Ziel des neuen Bundesfreiwilligendienstes ist es, zukünftig möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit und die positive Erfahrung von bürgerschaftlichem Engagement zu ermöglichen. Über die Öffnung des Dienstes für beide Geschlechter und alle Generationen leistet der Bundesfreiwilligendienst einen wichtigen Beitrag zum besseren Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Bundesfreiwilligendienst bietet ebenso wie früher

der Zivildienst die Gelegenheit, wichtige persönliche und soziale Kompetenzen und Erfahrungen zu sammeln oder zu vertiefen. Außerdem, so betonte Grübel bei der Vorlage seines Berichtes, gehe er davon aus, dass die Bundesfreiwilligendienstleistenden, ebenso wie die früheren Zivildienstleistenden, den sozialen Einrichtungen, in denen sie ihren Dienst abgeleistet haben, ein Leben lang verbunden bleiben. Es böten sich viele Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige an: Von Tätigkeiten im Bereich Wohlfahrts-, Gesundheits- und Altenpflege, Kultur- und Denkmalpflege, bis zu Integration und Naturschutz und vieles mehr. Der Bundesfreiwilligendienst bedeute auch ein Stück Neuland, denn: „zum ersten Mal gibt es in Deutschland keinen Zwangsdienst mehr. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für diesen Dienst entscheiden und damit den bisherigen Erfolg des Bundesfreiwilligendienst verstetigen werden.“ Die steigenden Zahlen der Bundesfreiwilligendienstleistenden seien ein ermutigendes Zeichen dafür, so Grübel weiter. Zudem habe die christlich-liberale Koalition für den Dienst gute Rahmenbedingungen geschaffen. Hintergrund: Die Freiwilligen sind sozialversichert. Das sogenannte „Taschengeld“, also die Aufwandsentschädigung für die Dienstleistenden, kann bis zu 336 Euro monatlich betragen. Arbeitskleidung, Unterkunft und Verpflegung können gestellt oder die Kosten ersetzt werden. Weiterhin sind während eines zwölfmonatigen Bundesfreiwilligendienstes 25 Seminartage verpflichtend, so dass ausreichend pädagogische Begleitung sichergestellt wird. Markus Grübel zeigte sich abschließend optimistisch: „Durch die guten Rahmenbedingungen, die wir für den Bundesfreiwilligendienst gesetzt haben, erfüllen wir die große gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, mehr Anreize für freiwilliges Engagement zu schaffen.“ Nähere Informationen zum Bundesfreiwilligendienst finden Sie unter: [www.bundesfreiwilligendienst.de](http://www.bundesfreiwilligendienst.de)

### Jahreswirtschaftsbericht 2012 vorgelegt

In dieser Woche hat der Bundeswirtschaftsminister den Jahreswirtschaftsbericht 2012 vorgelegt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Freiherr von Stetten: „Deutschland steht hervorragend da trotz der wiederauflebenden Eurokrise des vergangenen Jahres. So erreichte die wirtschaftliche Aktivität Deutschlands 2011 sogar das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise vom Frühjahr 2008: Mit drei Prozent Zunahme des Bruttoinlandsproduktes ist Deutschland weiterhin Stabilitätsanker und Wachstumsmotor für Europa.“ Im Jahreswirtschaftsbericht werden für 2012 eine weitere Zunahme der Beschäftigung und ein Absinken der Arbeitslosenquote von 7,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,8 Prozent erwartet. Von Stetten weiter: „Deutschland ist keine Insel der Seligen, die Unsicherheit an den Kapitalmärkten wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2012 zumindest temporär beeinträchtigen. Auch wenn der Kurs in der zweiten Jahreshälfte mit 0,7 Prozent Wachstum in die richtige Richtung geht, müssen wir unseren wirtschaftspolitischen Reformkurs fortsetzen. Steuervereinfachungen, die in den Unternehmen und bei den Menschen ankommen, und spürbarer Bürokratieabbau sind weitere effektive Bausteine, um unseren Wachstumspfad zu verstetigen. Der Parlamentskreis Mittelstand setzt sich mit Nachdruck dafür ein, für die Unternehmen in Deutschland Freiheit auf den Märkten, Offenheit für neue Technologien und bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen – kurz gesprochen: Er setzt auf einen ordnungspolitisch stringenten Kurs. Das diesjährige Motto des Jahreswirtschaftsberichts ‚Vertrauen stärken – Chancen öffnen – Mit Europa stetig wachsen‘, werden wir tatkräftig unterstützen.“ Hintergrund: der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) ist mit seinen 144 Mitgliedern die größte soziologische Gruppe in der Unionsfraktion. Im Gesamtgefüge der Fraktion setzt sich der PKM für international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland und – ausgehend vom Bild des „ehrbaren Kaufmannes“ – für ein ausgewogenes Verhältnis von staatlicher Regulierung und individueller Freiheit ein.

### Internet und digitale Gesellschaft

In dieser Woche debattierte der Deutsche Bundestag über den von der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" vorgelegten Tätigkeitsbericht

und den zweiten Zwischenbericht zum Thema Medienkompetenz. In dem im April 2011 erschienenen Tätigkeitsbericht geht es um den Stand der Arbeit in den zuerst eingesetzten vier Projektgruppen Datenschutz, Medienkompetenz, Netzneutralität und Urheberrecht. Der Zwischenbericht enthält die Bestandsaufnahme und die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe Medienkompetenz. Es ist der erste thematische Zwischenbericht der Enquete-Kommission. Darin hat die Projektgruppe eine Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen an das Parlament zum Thema Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft erarbeitet. Die Enquete-Kommission empfiehlt unter anderem eine stärkere Vernetzung der medienpädagogischen Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene und die Ausstattung von Schulkindern mit Laptops. Zwei der zwölf Handlungsempfehlungen wurden dabei von der Online-Beteiligungsplattform der Enquete-Kommission [enquetebeteiligung.de](http://enquetebeteiligung.de) übernommen. Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" hat sich im Mai 2010 konstituiert. Ihr gehören 17 Bundestagsabgeordnete und 17 Sachverständige an.

### Optische Neuerung im Plenarsaal

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in diesem Jahr wurden die fragenden Abgeordneten und die antwortenden Regierungsmitglieder während der Regierungsbefragung und der Fragestunde vom Präsidium auf eine optische Neuerung im Plenarsaal hingewiesen. Die Maßgabe, sowohl für die Frage wie auch für die Antwort nicht mehr als 60 Sekunden aufzuwenden, wird nunmehr durch ein optisches Signal im Plenarsaal und einen Sekunden-Countdown von 60 bis 0 unterstrichen. Auf einer Anzeigentafel zeigen verschiedene Signalfarben den Stand des Redebeitrags an: Grün (zu Beginn des Redebeitrags), Gelb (für die verbleibenden 30 Sekunden Redezeit) und Rot für die abgelaufene Redezeit.

### Zitat:

«Ich bin noch auf der Suche nach dem, was wir genau mehr tun sollen.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch in Berlin auf die Frage, inwiefern Deutschland der Forderung des italienischen Regierungschefs Mario Monti nachkommen könnte, mehr für den Schuldenabbau finanzschwacher Euro-Staaten zu leisten.)

In eigener Sache

## 20.01.2012 MdB Josef Rief (CDU): Zusage des Bundes zur Südbahn steht!

Die Bundesregierung wird sich an ihre Finanzierungszusage für die Elektrifizierung der Südbahn halten, kann der Biberacher Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU) bestätigen. In einem an Rief gerichteten Schreiben konkretisiert Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) seine Finanzierungszusage und bekräftigt den Willen der Bundesregierung, die Elektrifizierung der Südbahn nun vorantreiben zu wollen. Das Bundesverkehrsministerium wird demnach die Vereinbarung mit der Landesregierung einhalten und die Hälfte der Kosten übernehmen. Das Projekt Südbahn wird in der Priorität nun höher eingestuft und gehört jetzt zu den Infrastrukturprojekten der Kategorie C. Das bedeutet, dass die Südbahn nun zu den „prioritären Vorhaben“ gehört und noch vor 2015 mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann. „Nun ist die Landesregierung gefordert, die Planungsphase möglichst zügig zum Abschluss zu bringen. Die Forderung nach einer verbindlichen Zusage des Bundes ist erfüllt. Und ich hoffe, dass sich die Landesregierung auch an ihre Zusage hält“, kommentiert Josef Rief die aktuelle Entwicklung.



Foto: Deutsche Bahn AG/Bartlomiej Banaszak

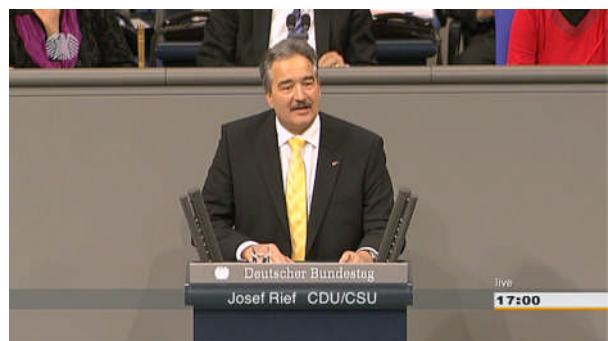
Zwischen Bund und Land war bereits vor längerer Zeit vereinbart worden, dass der Bund mit seiner Finanzierung einsteigt, wenn die Mittel der Landesregierung für die Maßnahmen zur Elektrifizierung verbraucht sind.

„Trotz allen Gegenwinds haben die CDU-Bundestagskollegen aus der Region und ich unser Wort gehalten und das Vorhaben konsequent unterstützt. Auch auf die Bundesregierung und Minister Ramsauer können wir uns verlassen“, lobt Josef Rief die gute Zusammenarbeit der CDU-Parlamentarier mit dem Ministerium. Wichtig ist für Rief, dass nun alle Beteiligten und auch die Landesregierung sich für die Interessen der ganzen Region, der hier lebenden Menschen und der heimischen Wirtschaft, konsequent einsetzen und die Baureife möglichst schnell erreicht werden kann. „Ich werde auch weiterhin die Südbahn im Auge behalten und das Verfahren unterstützend begleiten“, kündigt der CDU Abgeordnete an.

*Lesen Sie das Originalschreiben von Bundesminister Ramsauer auf [www.josef-rief.de](http://www.josef-rief.de)*

## 18.01.2012 Antibiotika Einsatz in der Tierhaltung weiter begrenzen

Bei seiner Rede bei der Aktuellen Stunde im Bundestag zum Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung hat sich Josef Rief für eine weitere Reduzierung in der Landwirtschaft ausgesprochen. Seit Jahren sei die Verwendung von Antibiotika nur bei kranken Tieren erlaubt. Der Einsatz als Prophylaxe oder zur Wachstumsbeschleunigung ist europaweit verboten. Wichtig sei, so Rief, zur Vermeidung von Resistenzbildung den Einsatz bei Mensch und Tier auf ein Minimum zu reduzieren.



*Lesen Sie weiter auf [www.josef-rief.de](http://www.josef-rief.de)*

Terminhinweis:

Nächster Sprechtag von Josef Rief:

30. Januar 2012 von 16.00 - 18.00 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27